



Holger Ilgner

sind. Daran mangelt es aber aktuell. Es gibt zwar einen Konsens über den mindestens freizuhaltenden Raum, dieser wird aber

sehr häufig nicht eingehalten. Bei Problemen wird häufig auf entgegenstehende rechtliche Rahmenbedingungen, auf mangelnde Kontrollressourcen und auf gleiche Wettbewerbsbedingungen hingewiesen. Dieser Hinweis löst aber das Problem nicht und vermag an dieser Stelle deshalb nicht zum Interessenausgleich und zur Akzeptanz beizutragen. Gerade weil es sich hierbei im Grundsatz um eine private Sondernutzung des öffentlichen Raumes handelt, muss der Fokus darauf liegen, neben dem Erhalt der Barrierefreiheit, gezielt Plätze zu erhalten oder durch Steigerung der Aufenthaltsqualität zu schaffen, die allen und unabhängig von Konsum und Kommerz zugänglich sind.

Holger Ilgner

## ICH GEHE AM 22. SEPTEMBER ZUR WAHL, WEIL ...

**„ ... ich das historisch so hart erkämpfte Wahlrecht – besonders das für Frauen – nicht einfach „verschenken“ will und ich außerdem ein ganz klein wenig mithelfen will, dass unsere Gesellschaft gerechter wird.“**

Dr. Renate Meyer-Braun, Professorin für Zeitgeschichte i. R.

**„ ... selbst das kleinere Übel besser ist, als gar nicht wählen zu gehen. Ganz schnell hat man sonst das größere Übel an der Regierung.“**

Jörn Bracker, Behindertenassistent

**„ ... ich die Zukunft mitgestalten will und um zu verhindern, dass die extremen politischen Ränder an Bedeutung gewinnen.“**

Hassan Safari, Apotheker

**„ ... ich immer zur Wahl gehe, in meinem langen Leben (ich bin jetzt 76) noch nie eine Wahl ausgelassen habe. Bei jeder Wahl ist mir bewusst, dass „wählen gehen“ vor gar nicht so langer Zeit erkämpft werden musste und dass ich in der Verantwortung stehe, diese Errungenschaft weiter zu tragen.“**

Klaus Schalipp, Rentner

**„ ... ich eine Gesellschaft will, in der die soziale Schere nicht immer weiter auseinander geht und weil ich eine Regierung will, die keinen Tsunami braucht, um eine vernünftige Entscheidung zu treffen.“**

Monika Steinhauer, stv. Schulleiterin

**„ ... ich nicht will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist.“**

Wolfram Sailer, Lehrer



## UNSERE INFOSTÄNDE ZUR BUNDESTAGSWAHL AM 22. SEPTEMBER:

- 31.08. AM ULRICHSPLATZ / O-WEG (10 – 14 UHR)
- 07.09. AM ULRICHSPLATZ / O-WEG (10 – 14 UHR)
- 07.09. AM ROSENGARTEN (10 – 16 UHR)
- 13.09. FANGTURM (10 – 16 UHR)
- 14.09. AM ULRICHSPLATZ / O-WEG (10 – 14 UHR)
- 20.09. FANGTURM (10 – 16 UHR)
- 21.09. AM ULRICHSPLATZ / O-WEG (10 – 14 UHR)
- 21.09. STEPHANIVIERTEL, ECKE DOVENTOR/FAULENSTRASSE (10 – 16 UHR)

### SPD-Ortsverein Altstadt-Mitte – Ihre Ansprechpersonen

Für den Vorstand: **Thomas Uhlig** Tel: 0421 – 70 41 47

Für den Beirat Mitte: **Holger Ilgner** Tel: 0421 – 79 49 977

Impressum:

Hrsg. SPD-Ortsverein Altstadt-Mitte  
V.i.S.P.: Dr. Bärbel Kühn  
c/o SPD-Ortsverein Altstadt-Mitte

Redaktion & Layout: S. Bachmann,  
B. Kühn, P. Rehbein, A. Schaa  
Fotos: Peter Rehbein, Archiv

# DAS BLATT®

SPD-ORTSVEREIN ALTSTADT-MITTE

2/2013 BREMEN

## MEHR BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

**Mieterhöhungen deckeln, Mietpreisbindung im Neubau, Ausbau Programm „Soziale Stadt“**

Gegenwind ist sie nicht mehr gewöhnt, die Lobby der Hausbesitzer. Sie singt deshalb schon mal vorausend ein lautes Klageged gegen die von der SPD geforderte Mietpreisbremse. Wir wollen nach der Bundestagswahl Erhöhungen bei Neuvermietungen erstmals deckeln – bei zehn Prozent. Bei laufenden Mietverträgen darf die Erhöhung in vier Jahren 15 Prozent nicht übersteigen. Dies macht keine Märkte kaputt und verhindert auch keine Investitionen, wie es als Schreckgespenst an die Wand gemalt wird. Vielmehr sorgen wir dafür, dass Wohnraum für alle bezahlbar bleibt, vor allem in den Innenstädten. Das gilt auch für Bremen. Hier werden wir bei Neubauprojekten, etwa in der City am Lloydhof oder im Stephaniviertel, die politischen Möglichkeiten ausschöpfen. Für lebenswerte Städte und einen sozialen Zusammenhalt brauchen wir Quartiere, in denen Menschen verschiedener Herkunft und aus verschiedenen sozialen Schichten gemeinsam leben können.

Die SPD wird nicht zulassen, dass Menschen, die mit weniger Gehalt auskommen oder von Hartz

IV leben müssen, mit hohen Mietsteigerungen aus ihren angestammten Quartieren gedrängt werden. An den Stadtrand, weil es nur dort für sie noch bezahlbare Wohnungen gibt. Auch Frau Merkel ist jetzt auf den Zug Mietpreisbremse aufgestiegen, doch das ist reines Wahlkampfgeklingel. Sie hatte vier Jahre Zeit, bezahlbaren Wohnraum auf den Weg zu bringen – passiert ist das Gegenteil. Vor zwei Monaten hat sie erst ein Mietrechtsänderungsgesetz mit gravierenden Verschlechterungen für Mieterinnen und Mieter im Parlament durchgedrückt.

In Bremen leben 62 Prozent der Bevölkerung in Mietwohnungen. Das sind überdurchschnittlich viele Menschen, wie der jüngst veröffentlichte Zensus ermittelte. Und nach Erhebungen des Deutschen Mieterbundes geben die Menschen mehr als ein Drittel ihres Haushaltseinkommens für die Warmmiete aus. Beide Zahlen belegen, wie hoch der Handlungsbedarf ist. Deshalb hat der Bremer Senat beschlossen, zukünftig ein Viertel der öffentlich geförderten Neubaugewohnungen mit einer

**Carsten Sieling** ist 54 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei Kindern. Nach der Realschule absolvierte er eine Lehre als Industriekaufmann. Der SPD-Politiker studierte über den zweiten Bildungsweg Wirtschaftswissenschaften und war danach als Referent bei der Arbeitnehmerkammer tätig. Seit 2009 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages, für den er erneut kandidiert.



Mietpreisbindung zu belegen. Unsere kommunale Wohnungsgesellschaft Gewoba, die wir gegen Privatisierung verteidigt

das Programm „Soziale Stadt“. Gerade in Bremen konnten mit diesem Förderinstrument in Quartieren soziale Investitionen



Das Stephaniviertel an der Weser

haben, spielt dabei eine wichtige Rolle und sollte ihre Aktivitäten im Neubau erhöhen. Hier darf es nicht nur Objekte mit Mieten über zehn Euro geben. Wir brauchen vor allem preiswerten neuen Wohnraum, übrigens auch für die vielen Studierenden in Bremen.

Für den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren wollen wir die Städtebauförderung nach dem finanziellen Kahlschlag durch Schwarz-Gelb wieder verlässlich ausstatten – mit einem Fokus auf

angeschoben werden, welche die Lebensqualität nachhaltig verbessert haben. Wir wollen die Menschen aktiv an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes beteiligen. Denn bezahlbare Wohnungen und ein gutes Wohnumfeld in allen Stadtteilen schaffen erst ein soziales Miteinander. Dafür brauchen wir einen Regierungswechsel zu Rot-Grün – denn Schwarz-Gelb handelt allein im Interesse der Immobilienwirtschaft.

Carsten Sieling

## „AM MEISTEN INTERESSIERT MICH, WOMIT ICH FÜR BREMEN UND SEINE BÜRGERINNEN UND BÜRGER EINFLUSS NEHMEN KANN“

Ulrike Hiller im Gespräch mit Bärbel Kühn

**BÄRBEL:** Ulrike, nach Deiner Zeit in der Bürgerschaft bist Du in den Bremer Senat gewechselt. Du bist jetzt Staatsrätin und vertrittst als Bevollmächtigte das Land Bremen in Berlin. Was sind denn eigentlich Deine Aufgaben?  
**ULRIKE:** In unmittelbarer Zuordnung zu Jens Böhrnsen als Bürgermeister veretre ich alle Angelegenheiten des Landes in Berlin. Und umgekehrt muss ich den Senat über alle Bundesratsangelegenheiten informieren. Das ist mein Kerngeschäft. Denn es ist ja nicht so, dass in Berlin allein der

Bundestag entscheidet. Alle Gesetze müssen erst noch durch den Bundesrat – und so kann manches, was die Regierungskoalition im Bundestag durchpauken will, vom Bundesrat gestoppt werden – vor allem seit sich mit der Wahl in Niedersachsen die Stimmverhältnisse geändert haben.  
**BÄRBEL:** Das klingt spannend, aber wie kriegst Du das alles zusammen? Kommst Du noch zu Fragen, um die Du Dich geküm-



mert hast, als Du in der Bürgerschaft warst?

**ULRIKE:** Zum Glück ja! Um das Thema „Fairer Handel“ zum Beispiel hab ich mich schon gekümmert, als ich mich als Vorsitzende im Ortsverein und im Beirat Mitte engagiert habe. In Bremen können wir stolz darauf sein, dass wir 2011 Hauptstadt des Fairen Handels waren. Aber jetzt kann ich mich von Berlin aus über Bremen hinaus engagieren. Nachdem in Bangladesch, wo die meisten Billigklamotten herkommen, fünf Textilfabriken eingestürzt sind, wachen auch anderswo die Menschen auf. Da ist es gut, dass ich im europäischen Entwicklungsausschuss bin. Für September bereiten wir



Ulrike Hiller

eine europaweite Konferenz vor.  
**BÄRBEL:** Du bist auch Staatsrätin für Integration in Bremen. Wie funktioniert dieser Spagat zwischen Bremen und Berlin?

**ULRIKE:** Auch da kann ich jetzt viel mehr machen bei Fragen, die wir nicht hier vor Ort regeln können. Nehmen wir zum Beispiel die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft. Da haben wir gemeinsam mit Berlin im Bundesrat jetzt gegen die CDU-Länder ein Gesetz eingebracht, dass man sich nicht mehr für eine einzige Staatsbürgerschaft entscheiden muss, wenn man in Deutschland zur Welt gekommen ist und die Eltern eine ausländische Staatsbürgerschaft haben. Das finde ich hochwichtig für die jungen Leute, die sich bisher bis zur Volljährigkeit entscheiden mussten, welche Staatsbürger-

schaft sie behalten wollen. Das ist doch eine riesige Belastung, denn es zwingt dazu, sich für die eine und gegen die andere Kultur zu entscheiden. Und direkt hier in Bremen gibt es ja viele hochengagierte Leute, die tolle Arbeit machen, vor allem die Integrationsbeauftragte Silke Hardt, die mich phantastisch unterstützt.

**BÄRBEL:** Ich glaube, ich hatte doch ein falsches Bild von Deinem Job. Ich dachte, dass die Bevollmächtigte des Landes Bremen eher repräsentative Aufgaben hat.

**ULRIKE:** Die gehören auch dazu. Unsere Landesvertretung ist unser Bremer Aushängeschild in Berlin. Die repräsentative Vertretung unserer Landesinteres-



Bärbel Kühn

sen, wenn ich das mal so sagen darf, kann ganz unterschiedlich aussehen, zum Beispiel kann es ein Bremerhavener Fischessen sein oder ein Konzert der Kammerphilharmonie. Viel zu wenig wissen, dass man in der Landesvertretung auch übernachten oder dass man sie für Veranstaltungen anmieten kann. Aber Du hast schon recht, am meisten interessiert mich, womit ich für Bremen und seine Bürgerinnen und Bürger auf Bundesebene Einfluss nehmen kann und da gibt's viel.

**BÄRBEL:** Das ist ein ziemlicher Bogen, den wir jetzt in unserem Interview geschlagen haben, von Bremen nach Berlin und wieder zurück. Oder noch lieber stelle ich mir eine Brücke vor. Und Du bist die Brückenbauerin! Herzlichen Dank für das Gespräch!

## WEM GEHÖRT DAS VIERTEL – WEM GEHÖRT DIE STADT?

Auch eine lebendige Stadtkultur darf Arme und Behinderte nicht ausschließen.

Privatisieren oder in öffentlicher Trägerschaft lassen? Wenn die Rede auf diese Frage kommt, denken die meisten an Krankenhäuser, an kommunale Energieversorgung oder an die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Doch das Thema begegnet einem oft auch bereits dann, wenn es um die Nutzung der Gehwege und Plätze in den Stadtteilen geht. Die Debatte über Tische, Stühle und Werbeschilder, die von Gastronomen und Geschäftsleuten aufgestellt werden, dreht sich nicht nur um Herstellung oder Sicherung der Barrierefreiheit, sondern stets auch darum, wer sich zu welchen Bedingungen wo aufhalten darf. Es geht also um Teilhabe und Ausschluss: Muss ich Geld ausgeben, um mich im öffentlichen Raum aufzuhalten? Wenn ich mir das Getränk im Café nicht leisten kann, wo gibt es einen Platz, an dem ich mich im öffentlichen Raum einfach so aufhalten kann? Führt die kommerzielle Nutzung von eigentlich allgemein zugänglichen Flächen zum Ausschluss und zur Ausgrenzung von Wenigerverdienenden?

Jedes Frühjahr, wenn das Wetter besser wird und sich das Leben wieder mehr draußen abspielt, geht es darum, wie sichergestellt werden kann, dass die von allen gewollte lebendige Straßenkultur nicht zu Lasten älterer, in Mobilität eingeschränkter Menschen, Menschen mit Kinderwagen oder in prekärer finanzieller



Straßencafé im Ostertor

Situation geht. Und eigentlich mit jedem Frühjahr wird die Außennutzung der Gastronomen und Geschäftsleute und damit auch die Debatte intensiver. Die Konzentration auf die Betrachtung einzelner Tische und Stühle, auf Meter oder gar Zentimeter lässt dabei zuweilen außer acht, dass die Möglichkeiten, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten ohne etwas zu konsumieren, immer weiter abgenommen haben. Natürlich ist es richtig und wichtig, Außengastronomie und Handel dort zu ermöglichen, wo sie gute Voraussetzungen finden und damit auch zur Attraktivität und Lebendigkeit der Stadt beitragen. Aber die kommerzielle Nutzung darf nicht dazu führen, dass Bürgersteige und Straßen gar nicht mehr von allen und nicht mehr bedingungslos genutzt werden können. Die Erfahrungen im Ostertor haben in den letzten Jahren gezeigt, dass neben einer

grundsätzlichen Vereinbarung über die Nutzung auch eine wirksame Kontrolle und im Einzelfall ein Eingreifen durch die Verwaltung erforderlich



Kneipe mit reichlich Vorbau am O-Weg